

*Sylvia Veit, Stefanie Vedder, Anika Manschwetus,
Simon Scholz, Bastian Strobel*

Ministerialeliten in Deutschland

Zusammenfassung

In diesem Bericht wird ein Datensatz zu den Ministerialeliten in Deutschland seit Beginn des 20. Jahrhunderts vorgestellt. Der Datensatz umfasst sowohl Politiker*innen als auch Spitzenbeam*tinnen in zentralstaatlichen Ministerien. Für diese Personen wurden sozialstrukturelle Informationen, die Karriereverläufe sowie Daten zum politischen Engagement und zur Systemnähe – mit einem besonderen Fokus auf der NS-Zeit – erhoben. Der Datensatz basiert auf der Auswertung einer Vielzahl öffentlich zugänglicher Quellen sowie auf umfangreichen Aktenauswertungen im Bundesarchiv.

Schlagerworte: Ministerialverwaltung, Eliten, Spitzenbeamte, Politisierung, Bürokratie

Abstract

Politicians and Top Civil Servants in German Federal Ministries

This report presents a dataset on politicians and top civil servants in federal ministries in Germany from the German Empire in the early 20th century until today. For all individuals, social-structural data, data on their professional career as well as on their political engagement and activities (with a particular focus on the Nazi regime) was collected. Data collection was based on various publicly accessible sources and on archive work in the German Federal Archive.

Keywords: Ministerial administration, elite, senior officials, politicization, bureaucracy

1 Einleitung

Kein Staat funktioniert ohne Verwaltung und keine Regierung kann ihr Programm ohne einen dazugehörigen Apparat umsetzen. Dabei spiegelt sich der Charakter eines Staates nicht nur in dessen Institutionen wider, sondern auch in den Personen, die staatstragende Ämter innehaben. Ohne jeden Zweifel sind sowohl die Regierungspolitiker*innen als auch die in den Ministerien und im Bundeskanzleramt tätigen Spitzenbeam*tinnen einflussreiche Akteur*innen im Staat. Während Regierungsmitglieder allgemein bekannt sind und stark im Lichte der Öffentlichkeit agieren, gilt dies für Spitzenbeam*tinnen nur eingeschränkt. Wenngleich sie sehr einflussreich sein können, handeln sie doch stärker im Hintergrund und werden medial weniger intensiv beobachtet als die politischen Entscheidungsträger*innen.

Der hier präsentierte Datensatz nimmt die beiden genannten Gruppen in den Blick. Er enthält Daten zu soziodemographischen Merkmalen, den Karrierewegen und dem politischen Werdegang von Regierungspolitiker*innen und Spitzenbeam*tinnen in zent-

ralstaatlichen Ministerien in Deutschland. Der Zeitraum umfasst das gesamte 20. Jahrhundert und reicht bis zum Ende der dritten Regierungsperiode von Angela Merkel.

Der Datensatz wurde im Forschungsprojekt „Neue Eliten – etabliertes Personal? (Dis-)Kontinuitäten deutscher Ministerien in Systemtransformationen“ am Fachgebiet Public Management der Universität Kassel erstellt. Das Forschungsprojekt wurde von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien für den Zeitraum 2017–2021 im Rahmen des Forschungsprogramms zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zentraler deutscher Behörden finanziert. In diesem Bericht werden der Datensatz samt seiner Erhebungsmethodik sowie exemplarische Ergebnisse und Analysemöglichkeiten für die weiterführende Forschung vorgestellt.

2 Methodik und Daten

Die Datenerhebung basiert auf der Methode der Prosopographie (Stone, 1971), d. h. es wurden die Biographien der Mitglieder einer definierten Personengruppe systematisch erfasst, um ein kollektives Sozialprofil zu bilden. Diese Methode ist weitgehend unabhängig von rechtlich-politischen Gegebenheiten, daher für verschiedene Kontexte und Fragestellungen einsetzbar und für eine stetige Erweiterung – um weitere Kohorten, Behörden verschiedener Ebenen oder andere Staaten – offen.

Zur Definition der Untersuchungsgesamtheit kam im Forschungsprojekt der in der Elitenforschung häufig genutzte Positionsansatz (Hoffmann-Lange, 2018) zur Anwendung. Dementsprechend gehören neben den Regierungspolitiker*innen und ab 1967 den Parlamentarischen Staatssekretär*innen als Mitglieder der politischen Elite die beiden obersten hierarchischen Ebenen des administrativen Leitungspersonals aller Bundesministerien und des Bundeskanzleramts (beamtete Staatssekretär*innen, Abteilungsleiter*innen) zur forschungsrelevanten Personengruppe. Diese wurden von 1949 bis in die heutige Zeit erhoben sowie um äquivalente Positionsinhaber*innen des Nationalsozialismus (NS), der Weimarer Republik und des Kaiserreichs¹ erweitert.

Da ein Schwerpunkt des Forschungsprojektes auf der Entwicklung der Ministerial-eliten in Deutschland ab 1949 lag, erfolgte für diese Zeit eine Vollerhebung aller Elitemitglieder.² Für die vorherigen Systeme wurden zeitliche Referenzpunkte definiert und für jeden dieser Referenzpunkte alle betreffenden Amtsinhaber*innen in den Datensatz aufgenommen (*Tabelle 1*). Für ein möglichst differenziertes Bild wurden für den NS drei Beobachtungszeitpunkte ausgewählt, welche die ersten Folgen der Machtübernahme (1.9.1934), die Machtkonzentration (1.9.1939) sowie den absehbaren Zusammenbruch des NS-Regimes (1.9.1944) abbilden. Hinzu kommen Referenzzeitpunkte aus der Weimarer Republik (1.9.1920, 1.9.1927) sowie dem Kaiserreich (1.9.1913) für systemübergreifende Traditionslinien.

Tabelle 1: Erhobene Fälle nach politischem System

	Kaiserreich	Weimarer Republik		Nationalsozialismus			BRD
	1913	1920	1927	1934	1939	1944	1949-2017
Politiker*innen	2	13	12	17	26	29	450
Beam*tinnen	55	63	69	99	140	150	1.557
Gesamt	57	76	81	116	166	179	1.985 ³

Quelle: Eigene Darstellung.

Für die so definierten Fälle wurden soziodemographische Daten (Geschlecht, Geburts- und Todesjahr, Geburtsort, Konfession, Familienstand, Kinderzahl, Sozialisation, Bildungshintergrund), Daten zu Mandatsübernahmen und Parteimitgliedschaften (inkl. Ämter in Parteien und Jugendorganisationen), zu Militärdiensten und zum chronologischen Karriereverlauf (Ein- und Austrittsmonat und -jahr, Position/Amt, Nebenpositionen, Ministerium, ggf. Politikfeld, Sektor⁴) seit dem ersten Berufseinstieg erfasst.

Darüber hinaus wurden für alle Elitemitglieder Bezüge zu den politischen Systemen erhoben. Dabei erfolgt eine Unterscheidung zwischen *formalen* und *materiellen* sowie zwischen positiven und negativen Systembezügen. Als *formale* Systembezüge gelten bspw. Mitgliedschaften in systemunterstützenden (positiver Systembezug) oder systemablehnenden (negativer Systembezug) Organisationen, wobei Ränge und die Freiwilligkeit der Mitgliedschaften ebenfalls ins Gewicht fallen. Beispielsweise wurde für das NS-System die Mitgliedschaft in der NS-Frauenschaft oder der SS als positiver formaler Systembezug kategorisiert, die Zugehörigkeit zu einer Widerstandsgruppe als negativer formaler Systembezug. *Materielle* Systembezüge wurden für alle Systeme aus identischen Variablen gebildet: wirtschaftlicher Profit wurde als Abbild einer Systemunterstützung gewertet – wirtschaftlicher Verlust, Gewalterfahrung, Inhaftierung und Exil als Indikatoren für einen negativen Systembezug. Positive oder negative Systembezüge wurden aus (durch Unterlagen belegbare) Äußerungen und Handlungen zur Unterstützung oder Ablehnung eines politischen Systems hergeleitet.

Für die Datenerhebung wurden zunächst öffentlich zugängliche Quellen (z. B. Handbücher der Bundesregierung, Handbücher für das Deutsche Reich, Zeitungsarchive, Munzinger-Archiv) herangezogen. Für die BRD konnten wir zudem für 1949 bis 1999 auf einen Datensatz Hans-Ulrich Derliens zurückgreifen (siehe z. B. Derlien, 2008), den wir mit Hilfe von Umcodierungen und weiterführenden Recherchen in unseren Datensatz integriert haben. Ergänzend hierzu erfolgten in den Jahren 2019 und 2020 umfangreiche Aktenrecherchen im Bundesarchiv. Als Quellen dienten hier u. a. Personalakten sowie Akten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und der jeweils angeschlossenen Verbände. Die biographischen Informationen wurden durch einen Vergleich der verschiedenen Quellen validiert. Für die Fälle, in denen die Informationen aus den verschiedenen Quellen nicht übereinstimmten, wurde eine Hierarchie der Quellen festgelegt und im Zweifelsfall den Informationen aus den Akten des Bundesarchivs der Vorrang zugeschrieben.

Nach Abschluss der Datenerhebung erfolgten zunächst deskriptive Auswertungen zu zentralen Variablen. Erschienen sind auf dem Dokumentenserver KOBRA der Universität Kassel insgesamt 17 Datenberichte in *open access* (Sammlung „Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel“: <https://kobra.uni-kassel.de/handle/123456789/11790>). Die Datenberichte beziehen sich

für die Zeit vor der Gründung der BRD jeweils auf einen der sechs o. g. Erhebungszeitpunkte. Für die BRD wurden Kanzlerperioden als Systematisierungskriterium gewählt und Datenberichte zu den Kanzlerschaften Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel publiziert. Hinzu kommen zwei Zeitreihenbände zur BRD, die sich an den Legislaturperioden (LP) des Bundestages orientieren.

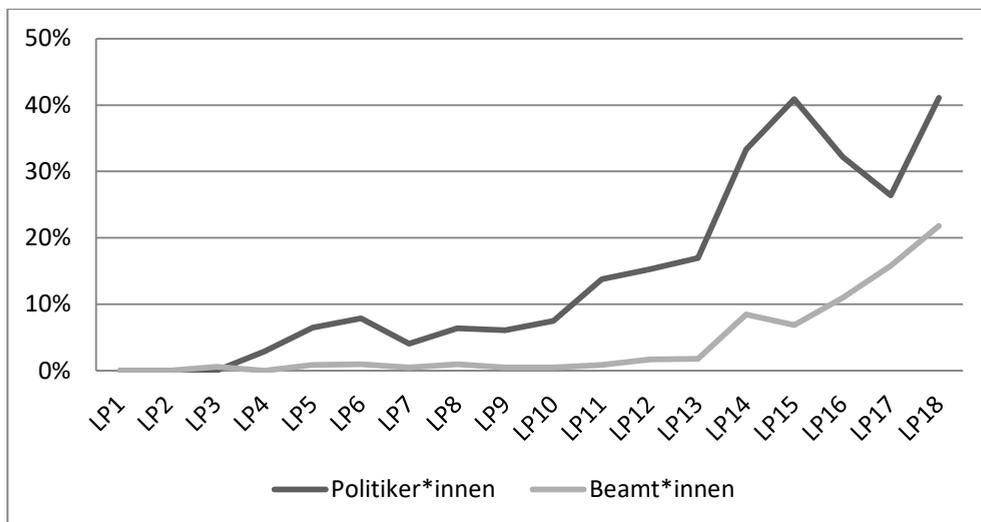
3 Exemplarische Ergebnisse

Der umfangreiche und detaillierte Datensatz zu den Ministerialeliten in Deutschland bietet zahlreiche Möglichkeiten für deskriptive Auswertungen und komplexere statistische Analysen. Einige interessante Ergebnisse werden in diesem Abschnitt exemplarisch vorgestellt. Dabei gehen wir zunächst auf ausgewählte sozialstrukturelle Merkmale und nachfolgend auf einige Ergebnisse zu Karrieren und zur Verwaltungspolitisation ein.

Für die Analyse sozialstruktureller Merkmale bietet sich die Bezugnahme auf Fragen der deskriptiven (oder passiven) Repräsentativität von Eliten in Bezug auf die Bevölkerung an. Um deskriptive Repräsentativität zu analysieren, bilden demographische Informationen wie Geschlecht, Alter oder Herkunft wichtige Kategorien. Während Prinzipien wie Repräsentativität, Gleichheit oder Pluralismus in Parlamenten demokratischer Systeme schon seit Beginn ihrer Gründung intensiv diskutiert werden (Stichworte „no taxation without representation“, Kampf für das Frauenwahlrecht, Vertretung von Minderheiten usw.) und auch für die Besetzung von Regierungspositionen heute von Relevanz sind, ist die Bedeutung dieser Faktoren für die Personalauswahl in der öffentlichen Verwaltung aufgrund des Leistungsprinzips hochumstritten. Dennoch wird eine höhere Repräsentativität insbesondere in jüngerer Zeit auch für Verwaltungen gefordert und ist für Spitzenpositionen in der Ministerialverwaltung besonders thematisiert; die Verwaltung soll als Symbol für die Offenheit einer Gesellschaft und als Vorbild für andere gesellschaftliche Sektoren fungieren.

Deskriptive Auswertungen verdeutlichen diesbezügliche Entwicklungen im Zeitverlauf: Hinsichtlich des Frauenanteils schlägt sich die Forderung nach mehr Repräsentativität in einem höheren Frauenanteil unter den Spitzenbeamt*innen seit der Kanzlerschaft Gerhard Schröders nieder. Bei den Regierungspolitiker*innen setzte der Anstieg des Frauenanteils schon früher ein, der dortige Frauenanteil ist seit Mitte der 1960er Jahre konstant deutlich höher als unter den Spitzenbeamt*innen (*Abbildung 1*). In den ersten drei Legislaturperioden des Deutschen Bundestages sowie zu allen sechs früheren Erhebungszeitpunkten gab es keine Frauen in den hier erfassten Positionen, was zumindest für die drei Erhebungszeitpunkte im NS durch ein faktisches Verbot der Übernahme entsprechender Positionen für Frauen begründet ist.

Abbildung 1: Frauenanteil in Spitzenpositionen in der BRD 1949-2017



Quelle: Strobel, Scholz-Paulus, Vedder & Veit, 2021a, S. 5.

Aus einer Repräsentativitätsperspektive ebenfalls sehr interessant sind die Ergebnisse zum Anteil in Ostdeutschland sozialisierter Personen in politischen und administrativen Elitepositionen in der BRD nach 1990. Hier bestätigt sich das bekannte Muster, dass deskriptive Repräsentativität für Politiker*innen wichtiger ist als für Beamt*innen. So waren auf dem Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) aufgewachsene Personen bereits ab 1990 regelmäßig in der politischen Elite vertreten. Unter den Spitzenbeamt*innen hingegen gab es seit 1990 kaum Ostdeutsche. Deren Anteil lag seit 1990 konstant nahe 0 und war lediglich in der letzten hier untersuchten Periode, der dritten Regierungszeit von Angela Merkel (LP 18) mit 1,9% etwas höher (Strobel, Scholz-Paulus, Vedder & Veit, 2021a, S. 10). Von einer dem Bevölkerungsanteil entsprechenden Repräsentativität der Ostdeutschen in der Verwaltungselite des Bundes liegen diese Werte immer noch weit entfernt.

Bezüglich des Bildungshintergrunds der erfassten Personen enthält der Datensatz verschiedene Variablen, u. a. zum höchsten Bildungsabschluss oder den Studienfächern. Erste Auswertungen zeigen, dass das formale Bildungsniveau in den betrachteten Elitegruppen traditionell sehr hoch und bei den Spitzenbeamt*innen insgesamt höher als bei den Politiker*innen ist. So lag der Promoviertenanteil der Spitzenbeamten⁵ im Kaiserreich bei weniger als 30% (Strobel, Scholz-Paulus, Vedder & Veit, 2021d, S. 8), stieg dann in der Weimarer Republik an (Strobel, Scholz-Paulus, Vedder & Veit, 2021b, S. 9, 2021c, S. 9) und schwankte zu den Erhebungszeitpunkten im NS zwischen 42 und 49% (Strobel, Scholz-Paulus, Vedder & Veit, 2021e, S. 10; 2021f, S. 11; 2021g, S. 11). In der BRD lag der Promoviertenanteil der Spitzenbeamt*innen anfangs bei 70% und sank im Zeitverlauf schrittweise auf Werte knapp unter 40% (Strobel, Scholz-Paulus, Vedder & Veit, 2021a, S. 15).

Hinsichtlich der Studienfächer ist die Entwicklung des Anteils der Personen mit einem Jurastudium unter den Spitzenbeamt*innen interessant, da für die legalistisch geprägte deutsche Verwaltung die Annahme eines Juristenmonopols weit verbreitet ist

(Derlien, 2003; Ebinger, Lux, Kinzinger & Garske, 2018). Der Anteil der Juristen in der Verwaltungselite war besonders in der Weimarer Republik hoch (u. a. Strobel, Scholz-Paulus, Vedder & Veit, 2021c, S. 10). Auffallend ist der Bruch, den die NS-Zeit produziert: In dieser Zeit fällt der Juristenanteil im Vergleich zur Weimarer Republik deutlich ab (Strobel, Scholz-Paulus, Vedder & Veit, 2021e, S. 11; 2021f, S. 12, 2021g, S. 12). Dies ist dadurch zu erklären, dass das traditionelle Selektionskriterium des juristischen Fachwissens durch politische Auswahlkriterien überlagert wurde und die ab 1933 in die Ministerialverwaltung eintretenden loyalen Parteigänger der NSDAP meist keinen juristischen bzw. gar keinen Studienhintergrund hatten (Strobel & Veit, 2021). In der BRD zeigt sich ein ähnliches Muster wie in der Weimarer Zeit. Bis Ende der 1990er Jahre lag der Jurist*innenanteil unter den Spitzenbeamt*innen der BRD konstant über 60%. Ausnahmen sind die Kanzlerschaften von Brandt und Schmidt (beide SPD) mit etwas geringeren Anteilen (Strobel, Scholz-Paulus, Vedder & Veit, 2021a, S. 19). Mit der zweiten Amtsperiode von Kanzler Schröder sank der Jurist*innenanteil erstmals wieder auf knapp unter 50% und bewegt sich seitdem auf diesem Niveau. Bei den Mitgliedern der politischen Elite ist Jura ebenfalls ein gängiges Studienfach, der Jurist*innenanteil schwankt aber stärker und hat sich im Zeitverlauf nicht in eine bestimmte Richtung verändert. In den letzten Legislaturperioden hatten jeweils rund ein Drittel der Politiker*innen im Datensatz Jura studiert (Strobel, Scholz-Paulus, Vedder & Veit, 2021a, S. 18).

Der Datensatz enthält zahlreiche Variablen, die Auswertungen von Karriereverläufen ermöglichen. Um eine Basis für möglichst vielfältige Karriereanalysen zu schaffen, wurden für jeden Fall alle beruflichen Positionen so detailliert wie möglich erfasst. Positionen innerhalb des politisch-administrativen Apparates wurden zusätzlich zu den Ein- und Austrittszeitpunkten und eventuellen Nebentätigkeiten mit Angaben zum Dienstherrn und Ressort verknüpft. Auf dieser Basis sind zahlreiche detaillierte Auswertungen, wie z. B. ein Vergleich von Karrieremustern zwischen verschiedenen Ressorts, möglich.

Bei der Betrachtung von Spitzenbeamt*innen ist u. a. ihre sektorspezifische Erfahrung, also ihre Erfahrung in der Verwaltung vor Eintritt in eine administrative Eliteposition, interessant. Es zeigt sich, dass sich die Karrierehintergründe von Spitzenbeamt*innen im Gegensatz zu Politiker*innen über die Zeit nur inkrementell verändert haben: Karrieren, die vorwiegend in der öffentlichen Verwaltung verbracht wurden, bilden zu allen Zeiten die dominierende Kategorie. Detailliertere Analysen zeigen jedoch bemerkenswerte Veränderungen. Beispielsweise lässt sich erkennen, dass der Wechsel zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen (Bund, Land und Kommune) in der BRD im Zeitverlauf weniger wichtig wird. So hatte in der jungen Bundesrepublik die Mehrheit der Spitzenbeamt*innen Erfahrungen auf verschiedenen Verwaltungsebenen, während sich später reine Bundesverwaltungskarrieren zunehmend durchsetzen und seit Mitte der 1970er Jahre rund 70% aller Fälle ausmachen (Strobel, Scholz-Paulus, Vedder & Veit, 2021a, S. 49).

Im Zuge von Systemwechseln, wie vom NS zur BRD, ist die Frage der personellen Kontinuität von Interesse. Mit Hilfe des Datensatzes kann beispielsweise ausgewertet werden, welcher Anteil von Personen, die in der Anfangsphase eines politischen Systems zur Elite gehören, bereits im vorherigen System in der öffentlichen Verwaltung gearbeitet hat. Deutlich fallen hier die Ergebnisse zur personellen Kontinuität von Spitzenbeamt*innen in der Anfangsphase der Bundesrepublik aus: Knapp mehr als die Hälfte aller Spitzenbeamt*innen der Adenauer-Zeit war bereits im NS in der öffentlichen Verwaltung im engeren Sinne (ohne Lehrer, Polizisten etc.) tätig.⁶

Ein weiteres wesentliches Element des Datensatzes sind Informationen zu politischen Aktivitäten und Systembezügen. Basierend auf den im Datensatz erfassten Variablen sind nicht nur Auswertungen zu politischen Aktivitäten, Parteimitgliedschaften und Systembezügen der Eliten möglich, sondern auch weiterführende Auswertungen wie etwa zur karrierebezogenen Politisierung der Spitzenbeamt*innen (siehe hierzu auch Bach, 2020; Veit, 2020). Da die Parteimitgliedschaft von Beamt*innen in Deutschland nicht systematisch erfasst wird, sind die hierzu vorliegenden Daten meist lückenhaft. Wird Politisierung hingegen als das Vorhandensein (beruflicher) politischer Erfahrungen, beispielsweise als Mandatsträger*in (z. B. als Mitglied eines Landtags), als Mitarbeiter*in von Parteien und Parlamenten oder als Inhaber*in einer politiknahen Position in der Ministerialverwaltung (z. B. Leiter*in des Ministerbüros) definiert, liegen für die BRD-Ministerialeliten nahezu vollständige Daten vor, die komplexe Auswertungen zur Politisierung ermöglichen (siehe u. a. Bach & Veit, 2018; Veit & Scholz, 2016).

4 Ausblick

Dieser Beitrag bietet einen Einblick in die Potentiale des vorliegenden Datensatzes zu Ministerialeliten in Deutschland und in die bereits vorliegenden Datenberichte (Randauszählungen), die zahlreiche neue und relevante Auswertungen zu den Politik- und Verwaltungseliten in Deutschland seit dem Kaiserreich enthalten. Bereits die wenigen hier präsentierten exemplarischen Ergebnisse zeigen, dass sich die politischen und administrativen Eliten in verschiedenen politischen Systemen in Deutschland durchaus unterscheiden, sich andererseits aber insbesondere bei den Verwaltungseliten in vielen Bereichen eine hohe Kontinuität in ihrer Zusammensetzung, Bildung und in den Karrieren finden lässt. In einem nächsten Schritt bietet es sich an, den hier noch einheitlich verwendeten Begriff des „Systemwechsels“ zu differenzieren und nach spezifischen Veränderungen zu suchen, die bei Wechseln von demokratischen zu totalitären bzw. bei Wechseln von totalitären zu demokratischen Staatsformen auftreten. Darüber hinaus sind Cluster-Analysen ein interessanter Ansatzpunkt für weitere Untersuchungen, um Spezifika bestimmter Politikfelder oder Ressorts im Zeitverlauf festzustellen. Auch andere komplexere Analysemethoden wie Sequenzanalysen und Überlebensanalysen können mit dem Datenmaterial durchgeführt werden.

Anmerkungen

- 1 Hinzu kamen im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im NS Unterstaatssekretäre, welche eine Zwischenposition zwischen Abteilungsleitern und Staatssekretären einnehmen. Im NS sind bei der Definition von Eliten auch Behörden enthalten, die im Titel zwar nicht das Wort Ministerium tragen, aber einem Ministerium gleichgestellt waren (z. B. das Reichsforstamt).
- 2 Die Vollerhebung konnte bisher nur für Westdeutschland bzw. das wiedervereinigte Deutschland ab 1990 abgeschlossen werden. Für die DDR erfolgten zwar ebenfalls bereits erste Datenerhebungen, die Daten sind aber insbesondere für die Beamtenschaft noch sehr unvollständig. Für die Regierungspolitiker*innen der DDR wurde eine Zeitreihen-Datenausählung veröffentlicht (Strobel, Scholz-Paulus, Vedder & Veit, 2021h).
- 3 22 Personen waren in der BRD im betrachteten Zeitraum sowohl in einer politischen als auch in einer administrativen Eliteposition in der Bundesministerialverwaltung tätig. Die Gesamtzahl der erhobenen Fälle weicht hier deshalb von der Summe der Politiker*innen und Beamt*innen ab.

- 4 Bildung, Gesundheit, Justiz, Kirchen, Kultur, Medien, Militär, Politik, Verbände, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft.
- 5 Da erst in der BRD auch Frauen in die hier betrachteten Elitepositionen gelangten, wird für die vorherigen Systeme die männliche Form verwendet.
- 6 Hier wird nicht zwischen Ebene oder Behörde unterschieden, unter Verwaltungserfahrung fallen also z. B. auch Einstiegspositionen in der Kommunalverwaltung o. ä. Auch die Länge einer Position wird hier nicht beachtet. Verwaltungserfahrung im engeren Sinne bezeichnet eine Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung (z. B. in einer Kommunalverwaltung, in einem Ministerium oder in einer nachgeordneten Behörde). Andere Bereiche des öffentlichen Dienstes wie Hochschulen, Schulen, die Polizei, das Justizwesen (z. B. Richter) und das Militär werden im Datensatz gesondert erfasst und zählen hier nicht mit zur Kategorie „öffentliche Verwaltung“.

Literatur

- Bach, Tobias (2020). Top Officials' Careers and the Relationship between Politics and Administration. *NISPAce Journal of Public Administration and Policy*, 13(2), 35-48. DOI: 10.2478/nispa-2020-0013.
- Bach, Tobias, & Veit, Sylvia (2018). The Determinants of Promotion to High Public Office in Germany: Partisan Loyalty, Political Craft, or Managerial Competencies? *Journal of Administrative Research and Theory*, 28(2), 254-269.
- Derlien, Hans-Ulrich (2003). "Mandarins or managers? The bureaucratic elite in Bonn, 1970 to 1987 and beyond.". *Governance*, 16, 401-428.
- Derlien, Hans-Ulrich (2008). Die politische und die administrative Elite der Bundesrepublik. In Werner Jann & Klaus König (Hrsg.), *Neue Staatswissenschaften: Vol. 9. Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts* (S. 291-328). Mohr Siebeck.
- Ebinger, Falk, Lux, Nicolas, Kintzinger, Christoph, & Garske, Benjamin (2018). Die Deutsche Verwaltungselite der Regierungen Brandt bis Merkel II. Herkunft, Zusammensetzung und Politisierung der Führungskräfte in den Bundesministerien. *der moderne staat – Zeitschrift Für Public Policy, Recht und Management*, 11(2), 389-411. <https://doi.org/10.3224/dms.v11i2.01>.
- Hoffmann-Lange, Ursula (2018). Methods of Elite Identification. In Heinrich Best & John Higley (Eds.), *The Palgrave handbook of political elites* (pp. 79-92). Palgrave Macmillan UK.
- Stone, Lawrence (1971). Prosopography. *Daedalus*, 100(1), 46-79.
- Strobel, Bastian, Scholz-Paulus, Simon, Vedder, Stefanie, & Veit, Sylvia (2021a). *Die Politisch-Administrative Elite der BRD von 1949 bis 2017. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 15*. DOI: 10.17170/kobra-202102183291.
- Strobel, Bastian, Scholz-Paulus, Simon, Vedder, Stefanie, & Veit, Sylvia (2021b). *Die Politisch-Administrative Elite der Weimarer Republik am 1. September 1920. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 2*. Dokumentenserver KOBRA. DOI: 10.17170/kobra-202102173275.
- Strobel, Bastian, Scholz-Paulus, Simon, Vedder, Stefanie, & Veit, Sylvia (2021c). *Die Politisch-Administrative Elite der Weimarer Republik am 1. September 1927. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 3*. Dokumentenserver KOBRA. DOI: 10.17170/kobra-202102173276.
- Strobel, Bastian, Scholz-Paulus, Simon, Vedder, Stefanie, & Veit, Sylvia (2021d). *Die Politisch-Administrative Elite im Kaiserreich am 1. September 1913. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 1*. Dokumentenserver KOBRA. DOI: 10.17170/kobra-202102173274.
- Strobel, Bastian, Scholz-Paulus, Simon, Vedder, Stefanie, & Veit, Sylvia (2021e). *Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1934. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 4*. Dokumentenserver KOBRA. doi:10.17170/kobra-202102173277.
- Strobel, Bastian, Scholz-Paulus, Simon, Vedder, Stefanie, & Veit, Sylvia (2021f). *Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1939. Randauszählungen zu Elite-*

- studien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 5*. Dokumentenserver KOBRA. DOI: 10.17170/kobra-202102183283.
- Strobel, Bastian, Scholz-Paulus, Simon, Vedder, Stefanie, & Veit, Sylvia (2021g). *Die Politisch-Administrative Elite im Nationalsozialismus am 1. September 1944. Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 6*. Dokumentenserver KOBRA. DOI: 10.17170/kobra-202102183284.
- Strobel, Bastian, Scholz-Paulus, Simon, Vedder, Stefanie, & Veit, Sylvia (2021h). *Die Politische Elite der DDR von 1949-1990, Randauszählungen zu Elitestudien des Fachgebiets Public Management der Universität Kassel, Band 7*. DOI: 10.17170/kobra-202102183289.
- Strobel, Bastian, & Veit, Sylvia (2021). Incomplete Democratisation, system transformations, and the civil service: A case study on the Weimar Republic and the Nazi regime in Germany. In Michael W. Bauer, B. Guy Peters, Jon Pierre, Kutsal Yesilkagit, & Stefan Becker (Eds.), *Liberal-democratic backsliding and Public Administration* (pp. 22-46). Cambridge University Press
- Veit, Sylvia (2020). Career patterns in administrations. In B. Guy Peters & Ian Thynne (Eds.), *The Oxford Encyclopedia of Public Administration*. Oxford University Press.
<http://dx.doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.1393>.
- Veit, Sylvia, & Scholz, Simon (2016). Linking administrative career patterns and politicisation: Signalling effects in the careers of top civil servants in Germany. *International Review of Administrative Sciences*, 82(3), 516-535.

*Anschriften der Autor*innen:*

Prof. Dr. Sylvia Veit, Fachbereich Public Management, Universität Kassel, Nora-Platiel-Str. 4, 34127 Kassel, E-Mail: sveit@uni-kassel.de.

Stefanie Vedder, Fachbereich Public Management, Universität Kassel, Nora-Platiel-Str. 4, 34127 Kassel, E-Mail: stefanie.vedder@uni-kassel.de.

Anika Manschwetus, Fachbereich Public Management, Universität Kassel, Nora-Platiel-Str. 4, 34127 Kassel, E-Mail: anika@manschwetus.de.

Simon Scholz, Kassel, E-Mail: simon.scholz@uni-kassel.de.

Bastian Strobel, Düsseldorf, E-Mail: strobel.bastian@uni-kassel.de.